

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Bedingungen für deutsche Fachkräfte verbessern - Bedarf weitgehend aus eigener Kraft decken

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus einen Runden Tisch zu bilden, an dem neben den Industrie- und Handelskammern und den verschiedenen Branchenverbänden die Hoch- und Fachschulen, die Arbeitsagenturen, der Ring der Arbeitsvermittler, die Unternehmerverbände, die Agentur „mv4you“ sowie die Gewerkschaften beteiligt werden. Der Runde Tisch setzt sich das Ziel, nach Branchen sortiert einen möglichst genauen Bedarf an Fachkräften festzustellen, wobei alle entsprechenden Bemühungen unter der Prämisse zu erfolgen haben, dass der Bedarf vorrangig mit deutschen Arbeitssuchenden zu decken ist. Über die Ergebnisse der Tätigkeit dieses Runden Tisches legt die Landesregierung dem Landtag zum Ende eines jeden Quartals einen Bericht vor.
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der zurzeit nur für Bezieher von Arbeitslosengeld I geltende Rechtsanspruch auf einen Vermittlungsgutschein auf die Empfänger von Arbeitslosengeld II und Arbeitssuchende, die keine Leistungen der Arbeitsagenturen erhalten, ausgedehnt wird.
3. gegenüber den Arbeitsagenturen darauf hinzuwirken, zielgerichtete Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote bereitzuhalten, die es den Arbeitssuchenden ermöglichen, eventuell vorhandene kleinere Lücken (z. B. Schweißpass, Führerschein für Spezialmaschinen) zu schließen und stattdessen gerade bei Arbeitssuchenden über 30 auf Bewerbungstrainings zu verzichten.

4. die Anerkennung der Abschlüsse von Spätaussiedlern für sämtliche Branchen zu erleichtern.
5. Umschulungen, sofern sie der Deckung eines von Fachleuten zu ermittelnden Bedarfs dienen, zu prämiieren.
6. sich auf Bundesebene bei jeder sich bietenden Gelegenheit für eine Entbürokratisierung auf allen Ebenen, eine nachhaltige Senkung der Steuer- und Abgabenlast sowie die Einführung von Mindestlöhnen einzusetzen, um so einer weiteren Abwanderung deutscher Fachkräfte in das Ausland entgegen zu steuern.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Entgegen der landläufig verbreiteten Meinung, die Bundesrepublik Deutschland benötige zur Deckung ihres Fachkräftebedarfs Zuwanderung aus dem Ausland, stehen offensichtlich auch in Mecklenburg-Vorpommern genügend Facharbeitskräfte zur Verfügung. Um das vorhandene Potenzial aber auch ausschöpfen und in die richtigen Bahnen lenken zu können, bedarf es einiger korrigierender Maßnahmen bzw. Eingriffe. Auch muss auf Bundesebene eine längst überfällige Kurskorrektur eingeleitet werden, da Jahr für Jahr etwa 150.000 solide ausgebildete Fachkräfte die Bundesrepublik Deutschland verlassen, um sich im Ausland eine neue Existenz aufzubauen.